

II-6728 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 3359/J

A N F R A G E

1989 -03- 0 6

der Abgeordneten Dr. Partik-Pablé, Haigermoser
an den Bundesminister für Inneres
betreffend technisch überholtes Ermittlungsinstrumentarium
für die kriminalpolizeiliche Spurensicherung

Die Wiener Bevölkerung mußte bereits längere Zeit mit dem Bewußtsein leben, daß der Sicherheitsapparat einer Großstadt nur ein sehr begrenztes Maß an Sicherheit für den Bürger gewährleisten kann und es wohl keinen absoluten Schutz vor Triebtätern gibt.

Verständlicherweise haben die Morde an Alexandra Schrieffl und Christina Beranek und die - daran anknüpfende - umfangreiche Berichterstattung der Medien größte Bestürzung und Unruhe in der Bevölkerung ausgelöst.

Nicht gerade zur Beruhigung dürfte auch die Tatsache beigetragen haben, wonach - wie die "Kronenzeitung" am 11.2.1989 berichtete - Experten des Deutschen Bundes-Kriminalamtes aus Wiesbaden zu Hilfe gerufen werden mußten, um mit modernem Gerät weitere Spuren in diesen Mordfällen zu sichern, weil mittlerweile die heimische Kriminalpolizei an die Grenzen ihrer Ermittlungsmöglichkeiten gestoßen war.

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für Inneres nachstehende

A n f r a g e :

1. Ist es richtig, daß Experten des Deutschen Bundes-Kriminalamtes für Ermittlungen in den genannten Mordfällen

- 2 -

herangezogen worden sind, und - wenn ja - aus welchen Gründen?

2. Wurden bereits öfter Beamte ausländischer Sicherheitsbehörden zu kriminalpolizeilichen Ermittlungen hinzugezogen, und - wenn ja - welchen Behörden gehörten diese an?
3. Stimmt es, daß das Instrumentarium für die kriminalpolizeiliche Spurensicherung nicht dem neuesten technischen Standard entspricht, und - wenn ja - was beabsichtigen Sie dagegen zu unternehmen?